

Antrag: Sicher vor Ort – Zivilschutz in Eimsbüttel stärken

Eingereicht von: Kreisvorstand Eimsbüttel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine veränderte Sicherheitslage – auch für Eimsbüttel?

Russlands anhaltender Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Sicherheitssituation Europas grundlegend verändert. Hybride Bedrohungen wie Sabotageakte, Drohnenüberflüge oder Desinformation im Netz nehmen zu und schaffen zunehmend Unsicherheit in der Bevölkerung. Durch den fortschreitenden Klimawandel werden auch die daraus folgenden Großschadenslagen in Folge von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Stürmen und Bränden in Zukunft weiter zunehmen. Die sich schnell ändernden Lagen erfordern, dass verschiedene staatliche Ebenen und zivile Organisationen – von der Bundeswehr über Hilfsorganisationen bis hin zu Zivilschutzbehörden – ihre Rollen in Krisenzeiten klar erfüllen können.

Der Zivil- und Bevölkerungsschutz wird auf Bundesebene nicht zuletzt bei den Haushaltsverhandlungen diskutiert. In der Gesamtverteidigung nimmt die Zivilverteidigung bundesweit bereits einen hohen Stellenwert ein. Doch während auf Bundesebene die Weichen neu gestellt werden, bleiben auf Hamburger Bezirksebene zentrale Fragen offen. Derzeit stehen in der Freien und Hansestadt keine offiziellen Schutzräume für den Zivilschutz zur Verfügung, die einstigen Hochbunker wurden privatisiert oder umgewidmet. Die Bezirksämter sind bislang nicht systematisch in die zivile Verteidigung eingebunden und die Bevölkerung wird nicht ausreichend von behördlicher Seite über Maßnahmen des Zivilschutzes aufgeklärt.

Bezirksämter: Nah an den Menschen, im Krisenfall aber noch außen vor

Die sieben Hamburger Bezirksämter kennen die sozialen Netzwerke, die lokale Infrastruktur und die vulnerablen Bevölkerungsgruppen in ihren Stadtteilen. Die Federführung im Zivilschutz liegt bei der Behörde für Inneres und Sport – Bezirksämter spielen in der formalen Krisenplanung kaum eine Rolle, obwohl Bund und Länder auf eine bessere Verzahnung der vorhandenen Hilfspotenziale von Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen hinarbeiten.

Wir GRÜNE Eimsbüttel sehen in dieser Lücke sowohl ein Risiko als auch eine

Chance: Zivilschutz, der nur zentral gedacht wird, ist im Ernstfall zu langsam und zu wenig auf spezifische Stadtteilbedarfe zugeschnitten. Es kommt darauf an, dass möglichst viele Menschen Kompetenzen erwerben, die im Krisenfall nützlich sein können und dass sie Netzwerke bilden, die im Notfall auch ohne staatliche Koordinierung funktionieren. Anders formuliert: wir müssen die bestehenden Nachbarschaften dabei unterstützen, sich im Krisenfall gegenseitig selbst helfen zu können. Gleichzeitig kann eine gestärkte Bezirksebene Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit schaffen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Was wir fordern:

1. **Bezirksämter systematisch einbinden:** Verbindliche Einbeziehung in Zivilschutzplanung, mit klaren Zuständigkeiten, personellen Mehrbedarf decken und erforderliche Katastrophenschutzübungen. Das Bezirksamt Eimsbüttel soll für eine dezentrale Krisenkoordinierung aktiv von der Landesebene eingebunden werden.
2. **Notfallpläne auf Quartiersebene:** Gemeinsam mit Organisationen wie THW oder dem DRK stadtteilspezifische Pläne erarbeiten und üben.
3. **Öffentliche Gebäude prüfen:** Schulen, Sporthallen, Verwaltungsgebäude und geeignete U-/S-Bahnhöfe auf Nutzbarkeit als Schutz- und Anlaufstellen bewerten.
4. **Mehrsprachige Informationskampagnen:** Niedrigschwellige Aufklärung zu Notvorräten, NINA-App, Cell Broadcast und Erste Hilfe – in Abstimmung mit BBK-Empfehlungen.
5. Hilfe zur Selbsthilfe: Über Qualifikationsmaßnahmen für Bürger*innen gebündelt informieren und Angebote zur Vernetzung für die Akteur*innen vor Ort schaffen.
6. **Kritische Infrastruktur absichern:** Gemeinsam mit Handelskammer und Senat prüfen, wie Strom-, Wasser- und medizinische Grundversorgung im Krisenfall gesichert werden kann.
7. **Demokratische Kontrolle sicherstellen:** Alle Maßnahmen parlamentarisch begleiten und transparent kommunizieren. Zivilschutz darf nicht zur Militarisierung der Kommunalpolitik führen.

Beschlussvorschlag:

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Eimsbüttel beschließt diesen Antrag und beauftragt den Kreisvorstand sowie die Bezirksfraktion, die dargelegten Forderungen in die bezirkspolitische Arbeit einzubringen sowie sich mit dem Landesverband Hamburg über eine gesamtstädtische Position und sinnvolle Maßnahmen zur Stärkung des Zivilschutzes auf Bezirksebene abzustimmen.